Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsverkäufern und in allen Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der kommun. Genossenschafter

Bezugspreis: Bei Post monatlich 2,30 Reichsmark, durch die Post bezogen monatlich 2,30 Reichsmark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Druckhaus Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A. 1 / Geschäftsstelle und Redaktion: Güterbahnhofstraße 2 / Fernsprecher: 17250 / Postscheckkonto: Dresden Nr. 18691 / Sprechstunden: Montags von 16 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde, Mittwochs von 17 bis 18 Uhr für Betriebs- und arbeiterrechtliche Fragen, Freitags von 17 bis 18 Uhr juristische Sprechstunde

Anzeigenpreise: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 RM., für Familienanzeigen 0,30 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textseite 1,50 RM. Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang — Dresden, Montag den 9. Dezember 1929 — Nummer 285

Frecher Vorstoß der Schulreaktion

Das Dresdner Schulamt unter dem Diktat der christlichen Elternvereine / Terror gegen Arbeiterkinder und freiheitlich gesinnte höhere Schüler / Offener Verfassungsbruch im Kampf gegen den Schulfortschritt

Das geheime Ziel

Vorgefecht für Einführung der Prügelstrafe

Dresden, den 9. Dezember.

Die Schulreaktion holt zu einem großen Schlage aus. Das Dresdner Schulamt hat auf Anweisung der christlichen Elternvereine in Gemeinschaft mit der Polizei die Ueberwachung von kommunistischen Versammlungen, an denen Schulkinder teilnehmen, angeordnet, um gegen sie mit Schulstrafen vorzugehen. Das Schulamt beruft sich dabei auf eine Ministerialverordnung, wonach es Schülern und Schülerinnen verboten ist, „sich an Vereinigungen oder Veranstaltungen zu beteiligen, die das Ziel haben, die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung auf anderem als dem gesetzlichen Wege zu ändern oder sich sonst mit den Aufgaben der Schulerziehung in Widerspruch setzen". Abgesehen davon, daß solange die Kommunistische Partei legal ist, eine solche willkürliche Anwendung dieser Verordnung einen glatten Verfassungsbruch bedeutet, ist es geradezu lächerlich, einzelnen Veranstaltungen zu unterschieben, sie wollten die bestehende Gesellschaftsordnung ändern. Noch wesentlicher ist jedoch die Tatsache, daß die chauvinistische Kinder- und Schülerverhetzung dadurch gewissermaßen legalisiert, während die Vertretung der Gedankengänge proletarischer Internationalität verfehmt wird. Im übrigen wird die sogenannte „Kinderverhetzung" selbst als Kampf gegen bestimmte Reaktionserscheinungen und im Zusammenhang mit der legalen Wahlpropaganda festgestellt. Zum Beispiel sind die Christen „empört" darüber, daß Lehrer „denunziert werden, die trotz des gesetzlichen Verbots Kinder prügeln und daß sich in einer der Zeitungen der Satz befindet: „Arbeiterkinder, sagt euren Eltern, daß sie Kommunisten wählen sollen!" Wenn jedoch bürgerliche Parteien Schulkinder auf die Straße zur Verteilung ihrer Wahlzettel schicken, dann denkt natürlich niemand daran, irgendwie daran Anstoß zu nehmen.

Um welche „verdorbenen" Elemente es sich gerade bei den kommunistischen Kindern handelt, zeigt der Fall des Schülers Alex, von dem die Lehrer nicht nur erklärten, daß er zu den besten Schülern gehört, sondern auch in seiner ganzen Arbeit das größte Interesse zeige. Daß gerade dieser lebhafte und selbständig denkende Junge durch seine Rußlandreise einen neuen und wertvollen Anstoß zur Weiterentwicklung gewonnen hat, dürfte ihm ein Pädagoge gar nicht verdenken. Verständlich ist es allerdings, daß Prügelpädagogen und Jugenderzieher, die dem Kreise des berühmten Herrn Hickmann nahe stehen, lieber Kinderzellen ins faschistische Italien organisieren würden. Ueber die Maßnahmen des Dresdner Schulamtes wird noch an anderer Stelle zu sprechen sein. Den Gipfel erreicht jedoch die Anweisung der „Kommission für das städtische höhere Unterrichtswesen und die Bezirksschulämter", die der Dresdner Anzeiger am Sonnabend veröffentlicht und die zeigt, daß der schamloseste Reaktionskurs unter dem Regime des Herrn Dr. Hartnacke Triumphe feiert. Dort wird neben den allgemeinen Anweisungen des Schulamtes unter Berufung auf die Ministerialverordnung vom Juli 1927 außer der Bestrafung der Schüler mit Schulstrafen den Schulhausleuten und Lehrern die geradezu unglaubliche Anweisung erteilt, mit Gewalt kommunistische Zettelverteiler bis zum Eintreffen der Polizei festzuhalten. Wörtlich heißt es in diesen Anweisungen:

„Zettelverteiler in oder bei den Schulen sind, soweit möglich, festzuhalten. Auf frischer Tat Ertappte bis zum Eintreffen der Polizei auch körperlich festzuhalten, ist gesetzlich zulässig. Die Sicherheitspolizei ist schnellstens zu benachrichtigen, damit die Verteiler festgestellt werden. Die Fernsprechnummer der zuständigen Sicherheitspolizeiwache ist vorsorglich festzustellen und beim Schulleiter sichtbar anzubringen.

Die Kenntnisnahme von diesem Rundschreiben ist von allen Lehrenden durch Unterschrift zu bestätigen."

Wir wissen nicht, ob sich Lehrer und Hausleute diese Büttelrolle aufoktroyieren lassen, sollten sich aber dennoch etliche finden, so würden wir keinem der Herrschaften raten, die Probe aufs Exempel zu machen, denn sie würden dann Bekanntschaft mit Arbeiterfäusten riskieren. Anderseits zeigt jedoch die Tatsache, daß man mit direkt faschistischen Methoden auf amtliche Anweisung hin gegen die kommunistische Schulagitation vorgehen gewillt ist, den ganzen Kurs, den der sozialdemokratische Kontraktbruchschacher auf schulischem Gebiet ermöglicht hat. Die ersten Maßnahmen haben nach den Mitteilungen des Dresdner Anzeigers bereits zum

Hinauswurf von Schülern höherer Schulen

geführt, und zwar von „Ausländern", die auf Grund eines Gesetzes von 1876 (!) im Laufe vergangener Woche sofort die Schule verlassen mußten. Auf unseren Anruf hin verweigerte uns das Schulamt die Nennung der Namen. Hier muß die Landtagsfraktion der KPD sofort eingreifen, um zu verhindern, daß die Existenzmöglichkeiten junger Menschen durch diesen faschistischen Vorstoß unterbunden werden.

Für den Geist des Kampfes, den die Schulreaktion führt, ist das unverhohlene Lob des Dresdner Anzeigers besonders charakteristisch, denn dieser bestätigt dem Schulamt, „daß das Schulamt alles in seinen Kräften Stehende getan hat". Nun aber zeigt sich schon der erzreaktionäre Kern dieses Angriffs, der nicht mehr und nicht weniger als die Wiedereinführung der Prügelstrafe in den Schulen bezweckt. Nach Unterstreichung des Lamentos des Blattes des Sächsischen Lehrervereins über die ungenügenden Strafmöglichkeiten schreibt der Dresdner Anzeiger zynisch:

„Aber man erinnert sich dabei auch, daß weite Kreise der Lehrerschaft sonst geglaubt haben, ohne strenge Zuchtmittel in der Schule auskommen zu können. Für sie ist es zweifellos geradezu tragisch, jetzt ohne die Mittel dazustehen, mit denen sie früher mit mehr Aussicht auf Erfolg hätten einschreiten können."

Wir wissen nicht, ob die Lehrerschaft, soweit sie nicht sich mit Stolz zum Rohrstockpädagogentum bekennt, das Heuchlerische an dieser Art der Formulierung zu erkennen vermag. Wir sind jedoch der Ueberzeugung, daß die Lehrer, die den Sinn des Zitats begriffen haben, sich besinnen werden bei diesem offenen Einheitsfrontangebot mit dem reaktionären Prügelpädagogentum. Die Lehrer, die nicht nur ihre Schulwände zu sehen bemüht sind und für die die Autorität des kapitalistischen Staates nicht die Achse der Jugenderziehung ist, werden wohl nach reiflicher Ueberlegung sehr schnell zu der Erkenntnis kommen,

daß die kommunistische Schulagitation keineswegs einem wirklichen Erzieher, der sich als Helfer der Entwicklung des jungen Menschen betrachtet, Steine in den Weg legt.

Im Gegenteil ist diese Agitation eine wertvolle Verbindung zwischen der Lage der Arbeitereltern und ihres Kampfes um Lohn und Brot und der Lage des Schulkindes der proletarischen Klasse. Wohl aber ist der kommunistische Schulkampf eine Anklage und eine Gegenmaßnahme gegen das Vordringen der Reaktion auf schulischem Gebiet.

Eine Solidarisierung mit dem Angriff des Schulamtes und der Hetze der christlichnationalen Presse kann es für einen wirklichen Pädagogen nicht geben, es sei denn, er ersetze seine pädagogischen Prinzipien durch Liebedienerei vor den reaktionären Staatsbehörden.

Die klassenbewußte Arbeiterschaft wird jedoch vor diesem Angriff unter keinen Umständen zurückschrecken. Sie wird ihre Gegenmaßnahmen treffen, um den Klassenfeinden des proletarischen Kindes eine geschlossene Front der Arbeitereltern, der Schüler und der wirklich fortschrittlichen Lehrer entgegenzustellen.

Landtagswahlen in Thüringen

KPD wetzt die Scharte aus — Brandlerianer als Mandatsräuber vernichtend geschlagen
Nationalsozialistische Volksbetrüger erstechen Jugendlichen

Von unserem Jenaer Korrespondenten

Jena, 8. Dezember.

Gestern fanden die Wahlen zum Thüringischen Landtag statt. Der Wahlkampf war charakteristisch für die gegenwärtige Situation. Mit allen Mitteln versuchten Bürgerliche und Sozialdemokraten die Massen von den wichtigsten Fragen, dem Kampf gegen die Verelendung, die Rationalisierung und der neuen Youngoffensive abzulenken, durch eine demagogische Diskussion über „Anschluß" an Preußen oder Sachsen. Dabei wurde bei der „Stellung" zu diesen angeblichen „Sparmaßnahmen", „Vereinfachung der Verwaltung" oder unter welcher Losung die verschiedenen Fraktionen der Bourgeoisie diesen „Kampf" führten, von keiner Partei etwas Positives festgelegt. Offensichtlich dachten sie nicht daran, ihre „Ideen" zu verwirklichen, sondern diese Diskussion war gerade gut genug zum Massenbetrug, weil sie sonst nichts Praktisches vorzubringen hatten. Die Nationalsozialisten arbeiteten natürlich wieder mit der bekannten Demagogie „Gegen den Youngplan", um so die Wählermassen für die faschistische Diktatur zu ködern. Erst dadurch wird es dem Trustkapital möglich, jeden Widerstand der Massen gegen den Youngplan zu brechen. Die Brandlerianer haben alles Erdenkliche geleistet, um die Massen für ihre opportunistische Einheitsfront mit den Sozialfaschisten zu gewinnen.

Allein die Kommunistische Partei trat vor die Massen mit ihrer klaren Losung „Diktatur des Proletariats gegen den Youngplan", „Hinweg mit allen kapitalistischen und sozialfaschistischen Feinden der Werktätigen!" So konzentrierte sich das Feuer aller gegen die einzige revolutionäre Führerin der Ausgebeuteten, gegen die Kommunistische Partei.

Der Wahlsonntag verlief im allgemeinen ruhig. In Jena selbst wurde der 16jährige Helmut Vogel von einem Trupp Nationalsozialisten beim Ankleben von Plakaten betroffen und niedergestochen. Schwerverletzt von den Landesrechtsbanden der Trustbourgeoisie, sank der Jugendliche zusammen.

Die Wahlbeteiligung war eine sehr rege und wird auf etwa 75—80 Prozent geschätzt. Die vorläufigen Ergebnisse sind:

Kommunisten	85 122
Sozialdemokraten	257 352
Landbund	131 668
Deutsche Volkspartei	70 458
Wirtschaftspartei	78 817
Deutschnationale	31 618
Nationalsozialisten	80 250
Demokraten	23 528
Volksrechtspartei	9 622
Kommunistische Opposition	12 156
Zentrum	9 622

Die Mandatsverteilung wird voraussichtlich folgende sein (in Klammern () die bisherigen Ziffern):

Kommunisten	4 (2)
Brandlerianer	— (6)
NSDAP	6 (2)
Landbund	6 (2)
Deutschnationale	9 (8)
SPD	8 (4)
DVP	18 (16)
Wirtschaftspartei	5 (6)
Demokraten	6 (6)
Zentrum	1 (2)

Zentrum und Volkspartei werden kein Mandat bekommen. Geringfügige Veränderungen sind noch möglich. Diese Wahl-

Morgen • 20 Uhr • Annensäle

Rußland-Delegierte widerlegen Sowjethetze
Protest gegen das antikommunistische Zuchthausgesetz, die Basis der Kriegsfront gegen die Sowjets